

Redaktion:
Strada Doamnei Nr. 5.

Bukarester

TAGBLATT

Administration:
Strada Doamnei Nr. 5.

Abonnement

Für Bukarest und das Inland mit portofreier Zustellung, vierteljährig 10 Lei noi (Francs), halbjährig 18 Lei noi (Francs), ganzjährig 35 Lei noi (Francs).
Für das Ausland extra. Portozuschlag. Zuschriften und Geldsendungen franco.

Inserate

Die 6spaltige Zeitspalt 20 Bani (Cent.); bei Wiederholungen entsprechende Reduktion. — Im Auslande übernehmen Inserate: in Oesterreich u. Deutschland die Herren Haasenstein & Vogler und Rudolf Mosse; in Paris Agence Havas und G. F. Daube & Comp.

Erscheint jeden Abend mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnements werden angenommen: in Bukarest von der Administration und in der Buchhandlung von E. Gracve & Comp., Theaterplatz (Hotel Brofft); in der Provinz den betreffenden Postämtern und unseren Agenten pränumerirt.

Nr. 219.

Freitag, 7. Oktober (25. September) 1881

2. Jahrgang.

Konservativ oder liberal?

Bukarest, 6. Oktober.

In der Natur ist die drückende Sommerfrische wie mit einem Schlage der kühlen Herbstwitterung gewichen, dagegen scheint an unserem politischen Firmament eine für gewisse Parteien drückende Schwüle heraufzuziehen die zwar nach unserem Dafürhalten wohl einige Regenschauer und ein schwaches Gewittergrollen im Gefolge haben dürfte, die aber schließlich wohl kaum ein bemerkenswerthes parlamentarisches Donnerwetter im Gefolge haben wird. Diese Gewitterschwüle wird heraufbeschworen durch die Gerüchte eines Wechsels im Kabinete. Wir halten an der Ansicht fest, daß ein Wechsel im Kabinete, welcher zugleich einen Wechsel des Systems bedeuten würde, unter den gegebenen Verhältnissen ganz unglaublich erscheint und für das Land von den nachtheiligsten Folgen wäre. Ganz abgesehen davon, daß ein Wechsel in diesem Sinne zugleich ein Mißtrauensvotum für ein in schwierigen Zeitläufen erprobtes Regime wäre, müßten wir uns ferner in diesem Falle noch die Frage stellen, wer wohl die Erbschaft des gegenwärtigen Systems antreten soll. Hier bliebe uns aber nur die Wahl zwischen der Dank ihrer Wähligung zu immer größerer Popularität gelangenden national-liberalen Partei, deren berufene Wortführer schon so vielfache Beweise eines geläuterten, einsichtsvollen Patriotismus abgelegt haben und der immer mehr und mehr zusammenschumpfenden und in Bezug auf ihren Anhang in der Bevölkerung förmlich auf das Aussterbeat gefetzten konservativen Partei. Aber auch wenn letztere noch über ihren alten Anhang gebieten würde, müßten wir uns wieder die Frage stellen, welche der beiden Parteien besser im Stande ist, der hohen Aufgabe der Leitung des Staates nach Außen und Innen gerecht zu werden.

Versuchen wir die Beantwortung dieser Frage durch die Erklärung der Worte konservativ und liberal. Konservativ bezeichnet bekanntlich in der politischen Sprache das Festhalten an den altüberbrachten Staatsformen und bürgerlichen Zuständen und ist in der neuern Zeit zu einer sehr schwankenden politischen Parteibezeichnung geworden. Da, wo die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände noch unvollkommen und grundfälschlicher Reformen bedürftig sind, wie in vielen Staaten des europäischen Festlandes, ist eine bloß erhaltende, konservative Politik kaum möglich, ohne in einen bedenklichen Stillstand, wo nicht Rückschritt zu verfallen, oder doch den Staat und die Gesellschaft allen Gefahren einer solchen auszusetzen. Auch ist der Name konservativ und Konservatismus sehr oft nur die Maske, hinter der sich eine sehr wohl bewusste Absicht der Reaktion, des Wiederstandes gegen die Forderungen der Zeit und deren berechnete Ansprüche verbirgt. Liberal nennen wir die vor-

urtheilsfrei, billig und freisinnig denkende, nach politischer Freiheit stehende Partei, die dem fortschreitenden Zeitbedürfnis, der Nothwendigkeit der Fortbildung, welcher schließlich nichts Menschliches sich entziehen kann, kein Hindernis entgegenstellt, sondern vielmehr im rechten Moment sich dieselbe dienstbar macht. Die Schwierigkeit ist nur, immer die richtige Grenze zu finden zwischen dem Widerstand gegen gefährliche Ueberstürzung und dem gegen nothwendige Reformen, zumal in außerordentlichen Zeiten der Bewegung und Verwirrung, wo der Liberale die schwere, aber auch sehr verdienstliche Aufgabe hat, zwischen dem Zuviel und dem Zuwenig, dem Zufrüh und dem Zuspät das rechte Gleichgewicht zu erhalten. Dieser schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, gibt sich unsere liberale Regierung redlich Mühe, und wenn auch manche getroffene Institution derselben nicht die gehofften Früchte getragen, so müssen wir uns doch wieder gegenwärtig halten, daß die Folgen der früheren und bisherigen zerfahrenen Zustände sich nicht mit einem male beseitigen lassen. Andererseits bürgen die Männer, welche heute das Staatsruder in Händen halten, durch ihre erprobte Gesinnungstreue, an der die kleinliche Wuth unserer stümmenden Opposition vergebens rüttelt, für eine heilbringendere Zukunft, die unter dem Regime der Wortführer des „Tim-pul“ und der „Romania libera“ sich für das Land nur düster gestalten könnte. Fürst Kaunitz hat seinerzeit — und nicht mit Unrecht — den französischen Jakobinern vorgehalten, daß sie sich durch gewisse Dinge selbst aus der europäischen Gesellschaft ausschloffen; das Gleiche kann man heute, wenn auch in etwas anderem Sinne, den Konservativen entgegenhalten, wenn sie behaupten, daß unter ihrer Regierung Rumänien erstarken werde.

Inland.

Bukarest, 6. Oktober. (Rumänische Zeitung s. t. i. m. e. n.) „Romanul“ sucht die Grundlosigkeit der Auslassungen der Oppositionsorgane nachzuweisen, welche die öffentliche Meinung neuerdings durch den Alarmruf, die Regierung habe in Folge der Umgestaltung der europäischen Politik seit der Danziger Entree eine Schwankung in der Donaufrage gemacht, zu verwirren sich bemühen. Geseht den Fall, führt „Romanul“ aus, unsere Gegner wären in der That in die tiefsten Geheimnisse der europäischen Diplomatie eingeweiht, folge etwa daraus, daß die Regierung künftig hin gegen die nationale Strömung arbeiten werde? Es gehöre in der That die ganze Unverfrorenheit der Opposition dazu, um der Regierung leichten Sinnes vor dem ganzen Land den Vorwurf in's Gesicht zu schleudern, daß sie in einer so wichtigen Frage ihre Pflicht nicht erfüllen wolle. Wenn die Opposition sich nicht scheue, solchen Blödsinn als politische Weis-

heit auszugeben, dann müsse man an ihrer Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Die Opposition besitze nicht den geringsten Anhaltspunkt für ihre Beschuldigungen, und gleichwohl werden dieselben mit einer solch' kühnen Sicherheit zum Besten gegeben, daß dadurch die öffentliche Meinung verwirrt und eine einheitliche Aktion verhindert werden könnte. Die Regierung werde immerdar mit dem Volke und für das Volk sein; in Uebereinstimmung mit den nationalen Wünschen habe dieselbe bis jetzt die schwierigsten Fragen zu einer befriedigenden Lösung gebracht, und in dieser Weise werde sie auch die jetzige schwierige Situation überwinden.

„Tim-pul“ macht die sonderbare Entdeckung, daß „die Rothen“ jedesmal, wenn ein Institut in ihren Kram nicht passe, flugs die Forderung erheben, daß dasselbe weggefegt werden müsse. So habe Herr Bratianu damals, als der König den „Rothen“ nicht besonders freundlich gesinnt war, denselben eine Schachfigur in der Hand Bismarck's genannt und die Aufhebung der Monarchie verlangt. Zu jener Zeit, da der Senat gegen die Konzeption Stroußberg sich widerhaarig erwies, habe es geheißt, der Senat taue nichts und man müsse darauf hinarbeiten, denselben zu beseitigen. Gegenwärtig nehmen die Herren den Richterstand auf's Korn, weil die Advokaten der Sippe nicht nach Belieben Prozesse gewinnen können. Durch die so eben stattgefundene Wahl des Herrn Bernescu zum Dekan des Barreaus habe nunmehr auch der Advokatenstand sein Daseinsrecht eingebüßt und der „Romanul“ suche zu beweisen, daß es an der Zeit sei, denselben das Lebenslicht auszublafen. Das ganze Bestreben der Rothen gehe dahin, die Opposition zu vernichten, damit die Herrschaft der neuen Phanarioten in aller Herrlichkeit blühen solle. Wenn die Dinge sich so weiter anlassen, dann werde eines Tages das Volk Korrektionsmittel gegen die Herren am Ruder anwenden, die sowohl ihnen als auch den Männern, der Ordnung unlieb sein würden.

„Romania Libera“ führt aus, daß die Allianz der drei Kaiserreiche für die Kleinstaaten kein besonders günstiges politisches Ereignis sei, da die letzteren stets die Bege gezahlt hätten, wenn die Großstaaten sich inig an einander geschlossen haben. Die unangenehme Einwirkung dieser Politik macht sich bereits in der Donaufrage fühlbar. Die Regierung soll nämlich von dem österreichischen Kabinete aufgefordert worden sein, zu erklären, welche Haltung der rumänische Vertreter in den bevorstehenden Sitzungen der Donau-kommission beobachten werde. Die jüngste Versammlung von Deputirten habe im Hinblick auf die Oesterreich zu ertheilende Antwort stattgefunden. „Romania Libera“ richtet zum Schluß an die Regierung die erste Mahnung, die rumänischen Interessen auf dem durch den Berliner Vertrag geschaffenen Rechtsboden unerschütterlich zu vertheidigen.

Bukarest, 6. Oktober. (Militärisches.) Der

jetzt, o, du bist so streng und ich bin doch so müde; o, eine Nacht, eine Stunde noch laß mich bei dir sein.

Seine Arme umfaßten die Zitternde. Kind, sagte er weich und seine Stimme bebte, als er die Verkörung in ihrem jungen Gesichte sah und den Wust von Kleidungsstücken und Wäsche bemerkte. Kind, was erwartest du von mir? Wer spricht von Gehen? Zu Bett sollst du gehen und versuchen, deiner Erregung Herr zu werden.

Sie sah ihn lange ungläubig an, ein Schein von Hoffnung breitete sich über ihr Gesicht. Ich darf noch jetzt bei dir bleiben? flüsterte sie. Er nickte schweigend, sein Herz that ihm so weh, daß dieser Sturm über sein junges Glück hatte kommen müssen. Laß dich von mir zur Ruhe bringen, bat er sanft.

Sie ließ ihn schweigend gewähren, als er mit ungelibter Hand sich bestrebt, ihr Hüfte zu leisten, sie legte den müden Kopf nieder und sah ihn traurig an, dann griff sie von neuem nach seiner Hand. Du wirst nicht von mir gehen, während ich schlafe? Wenn ich aufwachte und fände dich nie wieder, ich —

Nein, nein, Hedwig, beruhigte er sanft die Aufgeregte, ich bleibe dir nahe.

Sie küßte seine Hand und schloß die Augen, er saß neben ihrem Bette und hielt ihre Hand fest.

Noch einmal fuhr sie auf. Richard, rief sie, du wirst dich entschieden haben, ob ich bleiben darf oder nicht, wenn du aber beschließt, dich, wie Marenus, von mir zu trennen, dann — ehe dies Kind. —

Der kleine Mund zuckte krampfhaft, die Augen wurden stier, entsetzt stürzte Rüdiger nach dem Klingelzuge. Sie stirbt! war alles, was er der eintretenden Magd zurufen konnte.

Na, so schnell wohl nicht, sagte diese mit rauhem Trost, aber ich will zum Doktor laufen, die gnädige Frau hat schon so lange so schlecht ausgesehen, ich wußte, daß so etwas kommen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton des Bukarester „Tagblatt“.

Veridicus.

Erzählung von Marc. Bohen.

(18. Fortsetzung.)

Schwöre mir, nicht durch Wort, Brief oder Botschaft durch andere Menschen mit mir wieder in Verbindung zu treten, nicht eher, als bis ich dich dazu auffordere! rief ich.

Er schwur es mir, dann schritt er in die Dunkelheit hinein; bald rollte der Wagen mit ihm fort; er hat seinen Schwur gehalten, ich habe nie wieder von ihm gehört.

Hedwig schwieg. Du weißt jetzt alles, sagte sie müde. Wie konnte dein Vater mir das alles verschweigen?

Er weiß nichts davon. Seit ich die Pension verließ, habe ich gegen Niemanden davon gesprochen; wenn selbst die, welche Josef kannten, mir nicht glauben wollten, wie konnte ich Gläubigkeit bei andern erwarten? Und mich quälte der Zweifel, ob mein Thun nicht am Ende doch auch ihm so schmachvoll erscheinen würde, wie der Vorsteherin in der Pension.

Vater und Tante ließen sich die Fabel von dem Heimweh aufnöthigen?

Sie glaubten alles, was ich erzählte, sie vertrauten mir, flüsterte Hedwig.

Rüdiger erhob sich jäh, sein Herz that ihm so weh, er zog rauh seine Hand aus der Hedwigs, schritt quer durch das Zimmer und riß die Thür desselben hastig auf, ihm war zu Muth, als sollte er ersticken. Er ging in sein Zimmer, hier setzte er sich nieder wie gebrochen, bedeckte seine Augen mit den Händen und versuchte in das Chaos seiner Empfindungen Ordnung zu bringen.

Mit tiefer Beknirschung und bitterem Herzensweh sah Hedwig ihrem hinausgehenden Gatten nach; sie legte einige

Augenblicke die Arme wie schmeichelnd um den Sessel, auf welchem Rüdiger gesessen hatte, und schluchzte leise: dann erhob sie sich, sie strich mit der Hand die Haare aus ihrer Stirn fort und holte tief Athem, als hätte sie eine körperliche Anstrengung überwunden.

Dann ging sie von Schrank zu Schrank, sie öffnete Fächer und Schubladen, von überall entnahm sie nach kurzer Wahl Wäsche und Kleidungsstücke und legte alles zusammen auf einen großen Tisch nieder; über ihr blaßes Gesicht rollte still Thräne nach Thräne, aber kein Schluchzen kam mehr aus ihrer Brust. Zuweilen blieb sie stehen und legte die Hand an ihr Herz, wie jemand, der sich immer von neuem davon überzeugen möchte, daß ein werthvoller Schatz in bester Verwahrung sein geblieben sei.

Sie überblickte endlich den zusammengelegten Vorrath auf dem Tisch. Es ist genug, sagte sie leise. Sie stand still und sah nach der Thür, mit heißem Verlangen in den rothgeweinten Augen, sie machte einen oder zwei zögernde Schritte, dann hielt sie inne. Sie setzte sich an den Tisch, auf welchem die Kleidungsstücke lagen, zog an einer Kette ein Medaillon hervor, öffnete es und sah auf das Bild ihres Mannes so unverwandt, als wäre die ganze sonstige Welt keines weitern Blickes mehr werth. Und dann verschwammen vor ihren Augen die Bilge des lieben Gesichtes, ein Gefühl von außerordentlicher Schwäche schlich durch ihre Glieder, sie legte den Kopf auf den Tisch und halb Schlaf, halb ohnmächtige Erschöpfung nahm ihre Sinne gefangen.

Wie lange sie dort gelegen haben mochte, wußte sie nicht, sie kam zum Bewußtsein zurück durch den Klang von ihres Mannes Stimme, und als sie noch halb verwirrt um sich blickte, sah sie ihn neben sich stehen und fühlte seine Hand auf ihrer Schulter; im Zimmer dunkelte es bereits, der lange Tag neigte sich seinem Ende zu.

Hedwig! sagte Rüdiger eindringlich.

Sie fuhr auf. Muß ich schon gehen, rief sie, schon

heutige „Monitor“ veröffentlicht das vom König sanktionierte Reglement betreffend den Militärdienst der Ein- und Zweijährigfreiwilligen.

Bukarest, 6. Oktober. (Schulstatistik). Dem unlängst veröffentlichten Berichte der Kommissionen, welche den Generalprüfungen des Schuljahres 1880—81 beigewohnt haben, entnehmen wir nachfolgende statistische Daten über das rumänische Schulwesen des jüngsten Jahres. Die 7 Lyceen des Landes wurden von 2,065 Schülern besucht und wirkten an denselben 160 Professoren; für die Unterhaltung dieser sieben Anstalten sind im Budget 722,299 Francs jährlich ausgeworfen. Die 18 Gymnasien des Landes, von denen 10 vom Staate und 8 von den Kommunal- respektive Distriktsfonds unterhalten werden, zählten 1,866 Schüler mit 180 Professoren, und beträgt der diesbezügliche Budgetposten 220,043 Francs. Die 9 Seminare, von denen 8 vom Staate unterhalten werden, zählten 1,935 Schüler mit 98 Professoren: die Staatsausgaben dafür betragen jährlich 358,912 Francs. Die 9 Lehrerbildungsanstalten hatten 718 Schüler und 92 Professoren. Handelsschulen gibt es im Lande 5 mit 566 Schülern und 45 Professoren. Die 7 Mittelschulen für Mädchen zählten 807 Schülerinnen mit 4 Lehrern und 62 Lehrerinnen. Die Summe sämtlicher Ausgaben für das Mittelschulwesen betrug 2,416,259 Francs.

Bukarest, 6. Oktober. (Auf nach Palästina!) Die vom schottischen Missionsprediger angeregte Frage betreffend die Auswanderung der Juden nach Palästina scheint in der That unter der jüdischen Bevölkerung Rumäniens einen bedeutenden Anklang gefunden zu haben. Wie uns nämlich von zuverlässiger Seite gemeldet wird, haben sich bereits in mehreren Städten — darunter in Jassy, Galaz, Bukarest, Husch, Fokschan u. — Auswanderungskomitees gebildet, die mit einander in Verbindung stehen und die demnächst behufs Organisation eines Zentral-Auswanderungskomitees Delegirte nach Bukarest senden werden. Die Auswanderungslust unter der ärmeren jüdischen Bevölkerung hat nach zahlreichen bereits erfolgten Anmeldungen zu schließen, einen hohen Grad erreicht; die Geldsammlungen haben bereits erhebliche Summen ergeben und macht sich diesbezüglich eine unerwartete Opferwilligkeit kund. In Galaz haben mehrere Personen hunderte von Dukaten gespendet; Frauen geben Schmuckgegenstände hin und selbst arme Leute tragen ihr Schärlein bei. Nach der Konstituierung des Zentralvereins wird sich derselbe an den hiesigen türkischen Gesandten wenden, um durch dessen Vermittelung mit der Pforte behufs Erwerbes von Grund und Boden in Palästina in Unterhandlung zu treten, da nämlich eigenthümlicherweise sämtliche Auswanderer dem Ackerbau sich widmen wollen. Die „Allianze israelite“ scheint diese Bewegung zu begünstigen und wird dieselbe wahrscheinlich auch durch bedeutende materielle Mittel fördern.

Ausland.

Bukarest, 6. Oktober.

Betreffs der Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit Czar Alexander liegen einander sehr widersprechende Nachrichten vor. So läßt sich die „Wiener Allg. Zeitung“ von ihrem aus angeblich verlässlicher Quelle schöpfenden Krafauer Berichterstatter melden, daß an der russischen Grenze in Podwoloczyska und in Granica am 1. d. M. höhere Beamte der russischen Staatspolizei, welche den Czar auf Reisen begleiten oder behufs Sicherung der Route dem kaiserlichen Zuge voranzureisen pflegen, gesehen wurden. Ein Mitglied dieser Sicherheits-Brigade ist nach Wien gereist. Uebereinstimmend mit dieser Meldung, welche die Monarchenbegegnung schon für die nächste Zukunft erwarten läßt, wird aus Petersburg vom 3. d. gemeldet, daß die für den genannten Tag angesagt gewesene kaiserliche Jagd nur als eine Finte angesehen wird, um die Abreise des Czaren nach Warschau und Granica zu maskiren. Auch aus Wien läuft die Nachricht ein, daß sich Kaiser Franz Josef zu den Jagden nach Würzzuschlag begeben habe. Da man es aber hier sicherlich mit keiner bloßen Schein Jagd, sondern mit einem wirklichen Waidmannsvergügen zu thun hat, so scheint der Tag der Kaiserentrevue in weiterer Ferne zu liegen, als man nach obigen Nachrichten vermuthen dürfte. Schließlich sei hier noch einer Meldung Erwähnung gethan, nach welcher an dortige politische Persönlichkeiten authentische Wiener Meldungen eingelangt sind, welche für die angeblich noch im Laufe des Monats Oktober stattfindende Begegnung Alexander III. mit Kaiser Franz Josef die persönliche Anwesenheit des deutschen Kaisers in sichere Aussicht stellen.

Mit den Gerüchten über die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses stehen jene Meldungen in einem gewissen inneren Zusammenhang, welche über die neueste Phase der gegen die internationalen Verschwörer gerichteten Verhandlungen der Höfe berichten. Der „Rölnischen Zeitung“ zu Folge ist die Revision der Auslieferungsverträge Gegenstand dauernder Verhandlungen zwischen den Großmächten schon seit dem Petersburger Mordeattentat. Was man jetzt zunächst erreichen wolle, das sei die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Erstattung eines Berichts über die jetzigen tatsächlichen Verhältnisse und eines Gutachtens über die Zulässigkeit wirklicher Vorschriften, wodurch namentlich der schädliche Einfluß der internationalen gebrochen, wenn nicht beseitigt würde. Deutschland, Oesterreich und Rußland seien in dieser Beziehung bereits einig, und es fragt sich nur, wie weit es gelingen wird, auch die übrigen Mächte zum Anschlusse zu bewegen. Ein Berliner Telegramm der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ bestätigt die geplante Einsetzung einer internationalen Kommission als Schutz gegen die Rihilisten sowie auch die Bestimmung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu dem diesbezüglichen Vorschlage Rußlands. Was Frankreich anbelangt, so soll dort der Versuch, die Republik für ein aktives Eintreten gegen die sogenannten internationale Verschwörung zu bestimmen, fortgesetzt auf starke Einwände stoßen, obgleich sich einem Petersburger Korrespondenten der „Berliner Tribune“ zu Folge, Gambetta selbst sehr angelegentlich mit dem Studium der darauf bezüglichen Fragen beschäftigt haben soll. Wie indessen

der betreffende Gewährsmann selbst bemerkt, wäre mit der Zustimmung der kontinentalen Staaten zu dem russischen Projekte nur wenig erreicht, wenn nicht England den Verschwörern und Revolutionären von Profession den Aufenthalt innerhalb seiner Grenzen verleihe.

Deutschland. Die Berliner Wahlbewegung dürfte mit der Anwesenheit Lasfers in Berlin und mit dessen in Aussicht gestellten Ansprachen an die hauptstädtische Wählerschaft ihren Höhepunkt erreichen. Als Lasker das letztemal in Berlin sprach, war es ihm darum zu thun, die fortschrittlichen Berliner zu einem unbedingten Anschlusse an die Regierung Bismarcks zu bewegen. Seitdem hat sich nun ein gewaltiger Wechsel in der Stellung Bismarcks und Lasfers vollzogen und ein Gegensatz der Meinungen herausgebildet, welcher namentlich in der vor der Meininger Wählerschaft gehaltenen Rede des früheren Parteigängers der Bismarck'schen Politik Ausdruck gefunden hat. Nach einer Beleuchtung der Grundsätze an denen die Liberalen auf dem Gebiete der wirtschaftspolitischen Fragen und der Finanzpolitik festhalten, und der Gefahren, welche der religiösen Freiheit, der Unabhängigkeit der Schule von der Kirche und endlich den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstags drohen, sprach bei dieser Gelegenheit Lasker sein Urtheil über die gegenwärtige Lage in nachstehenden Sätzen aus:

„Wir stehen am Anfange einer Reaktion von der Art, wie dieselbe vor 30 Jahren von unseren Gegnern in Preußen ausgegangen ist; nur ist sie heute gefährlicher, weil sie mit weit überlegener Klugheit, mit außergewöhnlicher Macht und in großartigeren Umrisen geleitet wird, weil sie das ganze Reich umfaßt und alle rückschreitenden Tendenzen um sich zu sammeln beginnt.“

Die anscheinende Bereitwilligkeit, mit welcher die Sozialdemokraten in Bremen und Hamburg der auf dem Wege des Tabak-Monopols herbeizuführenden staatlichen Arbeiterversorgung beistimmte, scheint nach den Vorgängen einer am Samstag zu Hamburg abgehaltenen Arbeiterversammlung nur eine Finte gewesen zu sein, um unter der Maske eben dieser Bereitwilligkeit die sozialdemokratischen Umsturzpläne selbst innerhalb der Schranken des kleinen Belagerungszustandes an den Mann zu bringen. Auf der in Rede stehenden Versammlung ergriff nämlich ein Führer der extremen sozialistischen Partei das Wort, um nach kurzer Verhürung der Monopols- und Verlicherungsfrage zu erklären, daß die Fortschrittspartei dem deutschen Volke nicht helfen könne und daß deshalb das arbeitende Volk der demokratischen Partei jetzt nicht wieder wie schon im Jahre 1848 die Kastanien aus dem Feuer holen werde. Von den Fortschrittlichen könne man überzeugt sein, daß sie nicht Flintenschüsse mit dem Kanzler wechseln würden; es gehörte Leute dahin, die das thäten, es gehörte dahin die Sozialdemokratie. Die Revolution müsse kommen, von oben oder unten.“ — Man sieht, daß die neuen Bundesgenossen des Kanzlers aus ihren Wünschen und Hoffnungen eben kein Geheimniß machen.

Oesterreich-Ungarn. Die Frage der neuen Parteiorganisation im Lager der Verfassungspartei gibt zu lebhaften Erörterungen Veranlassung. Durch die Rede des Abgeordneten Plexer, deren wichtigsten Schlußsatz wir bereits unseren Lesern mitgetheilt haben, ist für die neue Parteibildung die Grenze für dieselbe insofern etwas weiter gezogen worden, als in derselben auch die liberalen Abgeordneten nicht deutscher Nationalität Platz finden sollen. Es ist nun, ganz abgesehen von den ziemlich unüberbrücklichen Ruthenen allerdings richtig, daß es den liberalen Abgeordneten aus den österreichischen Küstenländern nicht gut möglich wäre, sich einem auf deutsch-nationaler Grundlage basirten parlamentarischen Klub anzuschließen und haben diesbezüglich die triestiner Abgeordneten bereits in ziemlich unumwundener Form ihre Ansichten ausgesprochen. Doch ist es andererseits sehr fraglich, ob durch die Erweiterung der Klubgrundlagen im Sinne Plexer's die neue Partei das an Festigkeit verlieren würde, was sie an Zahl ihrer Anhänger gewinnt. Jedenfalls ist es nur bedauerlich, wenn schon derzeit Meinungsdivergenzen bezüglich der neuen Kluborganisation zu Tage treten.

Im polnischen Landtage wurde ein Antrag vorgelegt, nach welchem die Regierung aufgefordert werden soll, dafür zu sorgen, daß die polnische Sprache als Amtssprache bei der Finanz-Landesdirektion vollständig zur Geltung gelange. Die Polen sind eben hartnäckige Köpfe, wenn es sich um die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche handelt und haben ihr Vertrauen auf einen vollständigen Sieg unter Taaffe's Fahnen noch nicht verloren, während die tschechischen Organe durch ihre elegische Stimmung ein gewisses Sinken der nationalen Hoffnungen errathen lassen. Die Regierung soll nämlich den Führern der Tschechen bekannt gegeben haben, daß es ihr unmöglich sei, in der nächsten Zeit für sie neue Konzessionen zu erwirken. Schon die Kuchelbader Ereignisse hätten in maßgebenden Kreisen tief verstimmt. Als ihre Wirkung abgeschwächt war, sei Graf Taaffe mit seiner Fürsprache betreffs Errichtung der tschechischen Universität wieder hervorgetreten. Es sei ihm sogar gelungen, die Ernennung des Grafen Belcredi zum Präsidenten des Verwaltungs-Gerichtshofes zu erwirken. Aber das Umsichgreifen der deutsch-nationalen Bewegung habe die Position des Grafen Taaffe neuerdings erschwert und denselben im Interesse der Selbsterhaltung zur Vorsicht gemahnt.

Der Adressentwurf des kroatischen Landtags stellt sich als eine Paraphrase des königlichen Reskripts dar und geht nur insofern über dasselbe hinaus, als er die „Wiederherstellung der noch nicht durchgeführten, aber durch das Grundgesetz gewährleisteteten Integrität des dreieinigigen Königreiches“, also die Vereinigung Fiumes und Dalmatiens mit Kroatien, fordert.

Die Untersuchung gegen die Urheber der ungarischen Judenhegen ist in vollem Zuge. Am 2. d. fand in Pest das erste Verhör des Haupt-Angeklagten Plathy statt; derselbe leugnete hartnäckig. Während der Untersuchung sammelte sich vor dem Stuhlrichteramt eine große Menschenmenge an, welche Spottlieder sang und Hepp! Hepp! schrie. Auf Antrag des Anwaltes der Judengemeinde ließ der Stuhlrichter den Platz durch die Panduren säubern.

Frankreich. Aus Paris läuft eine seltene Meldung ein. Es soll nämlich in dortigen politischen Kreisen vielfach davon

gesprochen werden, daß zwischen Jules Simon und dem Präsidenten Grévy in letzter Zeit ein lebhafter Gedankenaustausch über die innere Lage stattgefunden habe, daß zwischen beiden ein vollständiges Einverständnis herrsche und daß Grévy die Idee erwäge, Jules Simon eventuell zur Regierung zu berufen. Unserer Ansicht nach wäre eine solche Kombination nur in zwei Fällen möglich. Entweder müßte Jules Simon, der sich durch seine Haltung im Senate selbst bei gemäßigten Republikanern theilweise unmöglich gemacht hat, einen eklatanten Nachweis liefern, daß seine Opposition gegen die neuen Schulgesetze mit seiner sonstigen politischen Gesinnung in keinem inneren Zusammenhang stand oder aber Präsident Grévy wollte durch ein Bündniß mit Jules Simon der Kandidatur Gambettas mit Gewalt den Weg ebnen. In keinem Falle wäre aber einem Ministerium Jules Simon eine behagliche Existenz und dem Präsidenten Grévy eine Förderung seiner Popularität zu prophezeien.

Am 2. d. hat in der Pariser Vorstadt St. Antoine ein von etwa 2000 Personen besuchter Entrüstungs-Meeting wegen der Tunisaffäre stattgefunden. Wie dem „Berliner Tagblatt“ gemeldet wird, waren relativ wenige Arbeiter und meist Leute besserer Lebensstellung da. Die Redner dagegen, alle Sozialisten und Kommunisten, attackirten die Regierung mit einer Fluth von Schimpfworten und Vermüthungen, deren mildeste selbst sich der Wiedergabe entziehen. Endes, der Exgeneral der Kommune, verlas eine Resolution, daß das aus „Verräthern“ bestehende Ministerium in Anklagestand versetzt werden müßte. Ein kolossales Massen-Meeting wird für einen der nächsten Sonntage vorbereitet. Nach den Beobachtungen desselben Berichtstatters soll sich unter den niederen Bevölkerungsschichten eine fanatische Erregung gegen Gambetta bemerkbar machen, so zwar, daß dem nächsten Meeting nicht ohne Besorgnisse entgegenzusehen sei. Doch malt eben dieser Korrespondent des erwähnten Berliner Blattes bei allen seinen auf Gambetta bezüglichen Meldungen gerne etwas in düsteren Farben und dürften daher auch seine neuesten Besorgnisse einigermassen übertrieben sein.

Rußland. Weil man mit der Judenfrage auf andere Weise nicht fertig werden kann, so wird sie nunmehr todtschweigen versucht. Vergangenen Samstag ging nämlich allen Zeitungsredaktionen durch Zirkular der Ober-Preßverwaltung der Befehl zu, sich nicht allein jeglicher Heftartikel gegen die Juden, durch welche die lokale Bevölkerung erregt werden könne, zu enthalten, sondern die „Judenfrage“ überhaupt nicht mehr zu berühren, bis die Abgesandten der Spezial-Kommissionen sich an Ort und Stelle durch persönliche Anschauung über die dortige Lage der jüdischen wie der christlichen Bevölkerung sowie die Stellung beider zu einander informirt und das Resultat ihrer Beobachtung nebst Vorschlägen zur Abhilfe höherer Orts unterbreitet haben. Man hofft, dies würde in zwei Monaten geschehen sein.

Schweiz. Der Berner Bundesrath hat wieder einmal einen neuen Beweis geliefert, daß die kleine Schweiz allen Folgen des Kulturkampfes weit muthiger die Stirne zu bieten entschlossen ist, als das große Deutschland. Kürzlich wurde nämlich dem Bundesrathe gemeldet, daß einige Jesuiten den bestehenden Staatsgesetzen zum Hohne ihren Aufenthalt in der Schweiz genommen und sich zu Freiburg sogar an öffentlichen Zeremonien theilhaftig hätten. Darauf hin hat nun die oberste Verwaltungsbehörde der Eidgenossenschaft unter Berufung auf den Artikel 51 der Bundesverfassung eine Untersuchung angeordnet, und es stellte sich heraus, daß ein Jesuit von Freiburg, Pater Weck, nachträglich auch in der Kapelle von Montreux kirchliche Funktionen vollzogen hat. Durch ein sehr energisches Verbot des Bundesrathes ist darauf dem Pater Weck das Handwerk gelegt worden.

Am 2. d. ist in Chur (Kanton Graubünden) der sozialistische Welt-Kongreß eröffnet worden. Tag und Ort der Zusammenkunft waren streng geheim gehalten worden, aber die Verhandlungen sollen von heute an öffentlich sein. Das Verbot des Kongresses durch die Graubündener Regierung ist kaum denkbar. Anwesend sind Delegirte aus der Schweiz, Deutschland, Ungarn, Rußland, Polen, Dänemark, England, Belgien, Holland, Frankreich, Nordamerika und Brasilien. Von Frankreich sind die ehemaligen Kommunisten Malon und Joffrin dazu eingetroffen.

Lokal- und Distrikts-Nachrichten.

Bukarest, 6. Oktober.

Vom Hofe. Heute Nachmittag um 4 1/4 Uhr treffen Seine Majestät der König und die Fürstin-Mutter auf dem Tirgovester Bahnhof ein, von wo aus sie sich durch die Calea Grivizei, Victoriei, Stirbei Boda oder Calea Rahovei nach Rotroceni begeben. Sämtliche Hauptgassen der Stadt prangen zum festlichen Empfange in reichem Fahnen Schmuck und wird Abends eine allgemeine Illumination stattfinden.

Banket. Gestern Abend fand im großen Saale des Hotel Boulevard ein von den verschiedenen hiesigen Klubs zu Ehren des französischen Schriftstellers, Herrn Ullbach, veranstaltetes Diner statt.

Zeitungsjubiläum. Nächsten Sonntag findet im Nationaltheater das Banket anlässlich des 25jährigen Jubiläums des „Romanul“ statt. An dem Bankete werden außer den alten Abonnenten des Blattes auch die früheren Aktionäre desselben theilnehmen. Herr Rosetti wird bei dieser Gelegenheit einen prachtvollen mit seiner Büste als Aufsatz versehenen Schreibtisch zum Geschenk erhalten.

Die Kanalisierung von Bukarest. Wie von mehreren Seiten gemeldet wird, hat das Ministerium des Inneren die Vergebung der Kanalisationsarbeiten der Stadt Bukarest an die Pariseiler Cement-Gesellschaft genehmigt. Der Minister des Inneren hat gleichzeitig die Primarie angewiesen, daß mit der Vornahme der Kanalisationsarbeiten auch die Herstellung der Kloaken in Angriff genommen werden solle.

Von der Bukarester Handelskammer. Am 11. Oktober a. St. Nachmittag um 1 Uhr findet die Wahl der Handelskammer des Distriktes Ilfov statt.

Zur Straßennijere bringt die „Ind. Roumaine“ folgenden Stoßseufzer: Hinter der Episkopie befindet sich eine kleine Straße — Straba Poita veche — in einem so jäm